



Timon Gremmels

Mitglied des Deutschen Bundestages

Informationen aus der Hauptstadt und dem Wahlkreis

Kassel, 17. Dezember 2018

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser,

das abgelaufene Jahr 2018 war ein auf allen Ebenen herausforderndes Jahr. Wir Sozialdemokraten wollen das Leben der Menschen in unserem Land verbessern. Deshalb haben wir in diesem Jahr wichtige Reformen eingeleitet: Endlich zahlen Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen wieder **zu gleichen Teilen den Krankenversicherungsbeitrag**. Das schafft Gerechtigkeit. Wir haben einen **sozialen Arbeitsmarkt** auf den Weg gebracht, um Perspektiven aus der Langzeitarbeitslosigkeit zu schaffen. Generell setzen wir auf die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, um Arbeitslosigkeit frühzeitig zu verhindern. Mit der Einführung des **Rückkehrrechts von Teilzeit in Vollzeit** stärken wir vor allem die Rechte der Frauen, die häufig nach der Elternzeit in der Teilzeitfalle feststecken. Darüber hinaus haben wir ein weiteres Absinken der Rente gestoppt und das **Rentenniveau bei 48% festgeschrieben**. Weiterhin steigen die Renten künftig wieder in gleichem Maße wie die Löhne und Gehälter. Und Familien werden durch eine **Erhöhung des Kindergeldes** sowie Steuererleichterungen spürbar entlastet. Um den Mangel an Pflegekräften zu begegnen, haben wir ein Sofortprogramm zur Schaffung von **13.000 zusätzlichen Stellen** in stationären Pflegeeinrichtungen aufgelegt. Damit die Arbeitsbedingungen in der Pflege spürbar verbessert werden.

Die Rechte von uns Verbrauchern gegenüber Konzernen stärken wir durch die neue „**Eine-für-Alle-Klage**“. Durch Musterfeststellungsklagen erhalten Verbraucherinnen und Verbraucher endlich mehr Möglichkeiten, um im Falle von möglichen Schäden gegen Konzerne mit ihren Rechtsabteilungen effektiv klagen zu können. **Bezahlbares Wohnen** ist die soziale Frage unserer Zeit. Wir schützen Mieter vor den Folgen des „Herausmodernisierens“. Und wir sorgen dafür, dass Kommunen bundeseigene Immobilien verbilligt erwerben und als Wohnraum entwickelt werden können.

Zum Jahresende haben wir das „**Gute-Kita-Gesetz**“ auf den Weg gebracht. Der Bund stellt den Ländern 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Dieses Geld wird für Qualitätsverbesserungen in den Kitas sowie für Beitragsentlastungen der Eltern eingesetzt. Familien mit geringem Einkommen sollen so von der Beitragszahlung befreit und deutlich entlastet werden. Damit ebnen wir allen Kindern den Weg zu guter frühkindlicher Bildung.

Bei allen Erfolgen, die wir als Sozialdemokraten errungen haben (siehe auch FAZ-Kommentar auf der letzten Seite dieses Newsletters), bleibt noch viel zu tun. Wir werden im neuen Jahr 2019 weiterhin mit unserem Koalitionspartner ringen, um das Beste für die Menschen zu erreichen – für ein solidarisches Land.

ich wünsche Euch und Ihnen nun geruhsame Weihnachtsfeiertage und einen guten Start in ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2019.

Euer

Frohe Weihnachten wünschen Euch Timon und die Teams aus Berlin und Kassel mit Karin, Loic, Oliver, Florian, Daniel und Johanna.



Vorm Weihnachtsbaum der Lebenshilfe im Bundestag.

Büro Berlin

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

✉ timon.gremmels@bundestag.de

☎ Telefon 030 227 783 06

☎ Telefax 030 227 703 06

Wahlkreisbüro Kassel

Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel

✉ timon.gremmels.wk@bundestag.de

☎ Telefon 0561 700 10 52

☎ Telefax 0561 700 10 53

🏠 www.timon-gremmels.de

📘 [fb.com/TimonGremmels](https://www.facebook.com/TimonGremmels)

📷 [instagram.com/gremmels](https://www.instagram.com/gremmels)

🐦 twitter.com/Timon_Gremmels



Timon Gremmels
Mitglied des Deutschen Bundestages

Informationen aus der
Hauptstadt und dem Wahlkreis

| Das Gute-KiTa-Gesetz sorgt für gute Bildung von Anfang an

5,5 Mrd. Euro vom Bundestag bereitgestellt

In der letzten Sitzungswoche des Jahres haben wir das Gesetz für bessere Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung, kurz das Gute-KiTa-Gesetz, beschlossen. Das Gesetz von SPD-Familienministerin Franziska Giffey sieht vor, die Qualität der Kindertagesbetreuung in Deutschland zu verbessern und die Gebührenfreiheit, auch für Familien mit geringem Einkommen auszuweiten. Auf der Grundlage eines Beschlusses der Jugend- und Familienministerkonferenz aus dem Jahr 2017 stellt der Bund den Ländern einen Instrumentenkasten aus zehn unterschiedlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität zur Verfügung. Das bedeutet für die Länder, dass sie die finanziellen Mittel bedarfsgerecht und flexibel einsetzen können, zum Beispiel für einen guten Betreuungsschlüssel, qualifizierte Fachkräfte, sprachliche Bildung oder kindgerechte Räume.

Familien, die Wohngeld, Kinderzuschlag, ALG II, Sozialhilfe oder Asylbewerberleistungen erhalten, sollen mit dem Gesetz unbürokratisch von den Gebühren befreit werden. Damit werden vor allem Familien mit geringerem Einkommen unterstützt.

Für das Gute-Kita-Gesetz stellt der Bund bis zum Jahr 2022 insgesamt 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit das Geld dort ankommt, wo es gebraucht wird, werden mit jedem Bundesland Verträge geschlossen. Darin soll u.a. festgehalten werden, wie Qualitätsverbesserungen in der Kindertagesbetreuung bzw. die Entlastung von Eltern bei den Gebühren erreicht werden sollen. Auf diese Weise trägt das Gesetz Schritt für Schritt zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland bei.

Kindertagesstätten sind Orte frühkindlicher Bildung, nicht nur der Betreuung. Und genauso wie Bildung an Schulen und Hochschulen kostenlos ist, muss der Besuch von Kitas kostenlos sein. Deshalb können die Bundesmittel laut Gesetzentwurf auch für Maßnahmen zur Gebührenfreiheit genutzt werden. Wo Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf Landesebene regieren, wurden und werden Kitagebühren schrittweise abgeschafft.



Mehr Informationen: <https://www.spdfraktion.de/themen/standpunkte/wir-ebnen-allen-kindern-weg-guter-fruehkindlicher-bildung>

| Kulturgut-Buch

Buchpreisbindung erhalten

Der Deutsche Bundestag hat einen Antrag der Regierungsfractionen zum Erhalt der Buchpreisbindung in Deutschland. Das Buch ist ein herausragender Teil des großen kulturellen Reichtums in unserem Land, den es zu schützen gilt. Die vielen Autorinnen und Autoren, die Verlage und die zahlreichen Buchhandlungen in unseren Städten prägen das Kulturgut Buch auf vielfältige Weise. Das Buch ist nicht nur ein Wirtschaftsprodukt, das gehandelt wird, sondern es ist auch ein identitätsstiftendes Kulturgut für viele Menschen. Die Buchhandlungen sind Trägerinnen von Kultur vor Ort.

Die Buchpreisbindung ist das Instrument, um die kulturelle Vielfalt auf dem Literaturmarkt zu sichern. Sie fördert eine lebendige Buchkultur in Deutschland, die den verschiedenen Interessen der Leserinnen und Leser gerecht wird. Außerdem unterstützt dieser Antrag die Anstrengungen der Bundesregierung, die Vielfalt und Stärke des Kulturgutes Buch noch deutlicher hervorzuheben.



| Wir müssen konsequent auf die Energiewende setzen

#COP24 - UN-Weltklimakonferenz

In der vergangenen Woche war ich mit einer Delegation des Bundestags auf der UN Klimakonferenz in Kattowitz bei der COP24.

Um das Ziel eines maximalen Temperaturanstiegs von 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu erreichen, sind deutlich größere Anstrengungen nötig. Im Gespräch mit der HNA habe ich meine Eindrücke über Sinn und Zweck solcher Konferenzen und unsere Ziele in Deutschland geschildert.

Müssen verhandeln



Timon Gremmels, Bundestagsabgeordneter für die SPD

Wird zu viel konferiert und zu wenig entschieden?

GREMMELS: Nein, nur verhandeln hilft. Wir müssen die unterschiedlichsten Interessen der Industriestaaten sowie der Schwellen- und Entwicklungsländer unter einen Hut bekommen, denn das Klima kennt keine Grenzen. Dafür sind Gespräch zwischen Regierungen, Abgeordneten, Wissenschaftlern und Vertretern der Zivilgesellschaft wichtig.

Wie geht es nach dem UN-Klimagipfel weiter? Wir haben mit Timon Gremmels gesprochen, der als Mitglied des Wirtschafts- und Energieausschusses in Kattowitz ist.

Herr Gremmels, was nehmen Sie von der Klimakonferenz mit?

TIMON: GREMMELS: Das Gespräch mit den Vertretern aus Tuvalu wird mir in Erinnerung bleiben. Der Inselstaat im Pazifik liegt nur zwei Meter über dem Meeresspiegel und wird untergehen. Nicht nur die Menschen dieser Inseln werden ihre Heimat verlieren und Klimaflüchtlinge werden. Deshalb ist es so wichtig, dass sich die Staatengemeinschaft auf ein für alle Länder verbindliches Regelwerk zur Umsetzung der Pariser Klimaziele von 2015 verständigt.

Wie kann der Klimawandel noch aufgehalten werden?

GREMMELS: Studien besagen, dass wir nur noch einen Temperaturanstieg von 1,5 Grad vertragen können. Ich bin froh, dass der Verweis darauf wohl Eingang ins Abschlussdokument finden wird. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir um das Jahr 2030 herum endgültig aus der Kohle aussteigen und stärker auf erneuerbare Energien wie Windkraft und Solarenergie setzen. Das schafft auch Arbeitsplätze bei uns in der Region. Als Brückentechnologie brauchen wir als Industriestandort Erdgas, das sauberer werden muss. (alh)



Gemeinsam mit Bundesumweltministerin Svenja Schulze setzt sich die Deutsche Delegation für die Erreichung der Pariser Klimaschutzziele ein.

| Immer ansprechbar

Politik lebt davon, immer nah bei den Menschen zu sein. Deshalb bin ich auch in der Vorweihnachtszeit viel unterwegs und bei verschiedensten Veranstaltungen im Wahlkreis anzutreffen. In der Adventszeit habe ich drei Infostände in Kassel vor der Markthalle, auf der Marbachshöhe und auf dem Wehlheider Wochenmarkt mit den örtlichen Genossinnen und Genossen durchgeführt. Am Nikolaustag habe ich zudem frühmorgens süße Schokonikoläuse verteilt.





| Kassel benötigt eine Zukunftsagenda

Lesung ‚Arbeit und Industrie in Kassel‘ mit Dr. Michael Lacher in der Kaffeerösterei Kühn&Carter

Kassel ist eine Stadt mit großer industrieller Tradition. Vor allem die Metallindustrie um die Henschelwerke prägte die Beschäftigungsverhältnisse in der Stadt. Bis zum Erscheinen des Werks „Arbeit und Industrie in Kassel“ von Dr. Michael Lacher fehlte jedoch eine zusammenhängende Darstellung über die industrielle Entwicklung im 20. und 21. Jahrhundert mit ihren Folgen auf die Stadt. Mit Lachers Werk liegt erstmals eine fundierte Analyse über die sozialen Verhältnisse in Kassel vor. Eindeutig feststellbar sei, so die Hauptthese des Werks, dass Defizite in der Zukunftsfähigkeit für die Beschäftigung Kassels erkennbar seien. „Hier ist nun die Politik gefordert, eine Zukunftsagenda für Kassel zu schaffen“, so einhelliger Tenor der Teilnehmer. An der Diskussion nahmen Alexander Naujoks – SMA Solar Technology AG – sowie der Autor Dr. Michael Lacher – bis zum Ruhestand Leiter der Volkswagen Coaching – teil.

Aus Sicht des Wissenschaftlers Lacher liege ein besonderes Spannungspotential für Kassels Zukunft in der Verteilung von Armut und Reichtum in den Stadtteilen. Eine zentrale These der Studie betrifft so auch die Zukunftsfähigkeit der Stadt im Hinblick auf die Verteilung von Armut und Arbeitslosigkeit. Feststellbar sei bereits heute eine zu hohe Spaltung. Insbesondere in Rothenditmold und Nord-Holland müsse gezielt auf die Förderung des Spracherwerbs gesetzt werden. Hier liege großes Potential für Beschäftigung und Wertschöpfung, zugleich aber auch ein Qualifikationsproblem vor. Wir waren uns einig, dass die Integration aller Bevölkerungsgruppen der relevante Schlüssel für Teilhabe und Beschäftigung sei. Dazu gehöre zunächst der Spracherwerb, aber auch die Feststellung, dass die Themen Arbeitsmigration und Qualifizierung – Stichwort „Lebenslanges Lernen“ – offensiv bearbeitet werden müssen. Ich bin der Auffassung, dass eine Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung und die Schaffung neuer Arbeitszeitmodelle sowie das Nehmen von Zukunftsängsten rund um die Digitalisierung die wichtigsten Themen für die politische Arbeit in diesem Feld darstellen.

In Kassel können wir uns glücklich schätzen, dass aufgrund sozialdemokratischer Initiative in den 1970er Jahren die Universität Kassel gegründet wurde. Mittlerweile ist sie ein zentraler Leuchtturm für die Region. Auf der einen Seite leistet die Uni einen wichtigen Anteil, um den Fachkräftebedarf in der Region zu sichern, zugleich ist es Aufgabe von Unternehmen, Vereinen und Kommunalpolitik dafür zu sorgen, dass Absolventen eine attraktive und lebenswerte Region vorfinden, um dauerhaft hier leben zu wollen. Für die weitere Entwicklung Kassels und des Landkreises sei vor allem eine Erweiterung der Perspektive über die Stadtgrenzen hinaus unabdingbar. Kassel und die Region Nordhessen müssen sich stärker als Gesamtregion positionieren, um im Wettbewerb um Fachkräfte und Firmenansiedlungen konkurrenzfähig zu bleiben. Ermuntern ist, dass die Region bereits in der Vergangenheit zunehmend auf die Vernetzung und Bildung von Clustern gesetzt hat. Bestehende Leuchttürme im Bereich der Erneuerbaren Energie sowie in der Elektromobilität können jedoch noch besser präsentiert und ausgebaut werden.

Entscheidend dürfte dabei die Beantwortung der Frage sein, wie ein künftiges Leitbild, eine Vision der Stadt Kassel aussehen könne. Moderne Städte entwickelten etwa Konzepte einer Smartcity, Testanlagen für autonomes Fahren etwa von Buslinien, die Schaffung von Ladeinfrastruktur für E-Mobilität oder andere Anwendungskonzepte und generell mehr Hightechförderung – das könnten auch Schwerpunkte für Kassel sein.



Timon Gremmels mit Alexander Naujoks von SMA sowie dem Autor Dr. Michael Lacher.



Gute Diskussion bei einem leckeren Kaffee.



Timon Gremmels
Mitglied des Deutschen Bundestages

Informationen aus der
Hauptstadt und dem Wahlkreis

Deutschland muss Motor für ein starkes und geeintes Europa sein

SPD-Bundestagsfraktion vor Ort: Europe United - Antworten auf Nationalismus und Populismus

Europa steckt in der Krise. Die EU ist innen- und außenpolitisch gefordert wie selten. Durch Brexit, Schuldenkrise, Erstarren von Nationalisten und kontrovers geführter Debatten über die Aufnahme von Geflüchteten oder einer verschärfter Tonlage aus Washington durch Präsident Trump, sind die EU-Institutionen im Dauerstress. Am letzten Wochenende haben Europa-Staatsminister Michael Roth, Europaabgeordnete Martina Werner und der neue Vorsitzende der Jungen Europäischen Föderalisten, Patrick Hintsche, gemeinsam mit mir und rund 50 Personen in der Neuen Denkerie über die weitere Zukunft eines geeinten Europas diskutiert.

Am 26. Mai 2019 sind rund 400 Millionen Europäerinnen und Europäer dazu aufgerufen, die Europäische Union auch weiterhin als Garant für Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu erhalten. Das gelingt am besten mit einer starken Sozialdemokratie, die sich für die Grundwerte Europas einsetzt. Wir arbeiten für eine gerechte Politik für die Menschen, für europaweit gültige soziale Mindeststandards, für mehr Investitionen und eine gerechte Besteuerung der Unternehmen. Deutschland muss auch weiterhin als Brückenbauer auftreten und mit seinem Einfluss dafür sorgen, dass Europa zusammengehalten wird.



Patrick Hintsche von der JEF, Europaabgeordnete Martina Werner und Europa-Staatsminister Michael Roth sowie Timon Gremmels.

Paragraph 219a - Union muss sich bewegen

Frauenärzte müssen straffrei über Schwangerschaftsabbruch informieren dürfen – Gesetzesformulierung abwarten

Der Paragraph 219a gehört komplett abgeschafft! Frauen und Ärztinnen und Ärzte brauchen endlich Klarheit zum Recht auf Information zu Schwangerschaftsabbrüchen. Die bisher bestehende Rechtsunsicherheit und Kriminalisierung ist nicht länger hinnehmbar. Um dieses Ziel zu erreichen, wäre die Streichung des Paragraphen 219a StGB der klarste und einfachste Weg. Die SPD-Bundestagsfraktion hat genau vor einem Jahr einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Diesen umzusetzen, scheitert aber an unseren Koalitionspartnern von CDU und CSU.

Ich werde den in dieser Woche angekündigten konkreten Gesetzestext der Bundesregierung abwarten und ihn dann bewerten. Mein Bewertungsmaßstab wird dabei, dass sich Fälle wie der von der Kasseler Frauenärztin Nora Szasz nicht wiederholen. Es muss rechtlich sichergestellt werden, dass Frauen sich sachlich und praxistauglich auf den Webseiten der Ärztinnen und Ärzte informieren können und diese Information für Frauenärzte nicht strafbar ist. Dieser Anspruch war der Ausgangspunkt der Diskussion über den Paragraphen 219a StGB.

Ich erwarte, dass sich CDU/CSU einer gesetzlichen Klarstellung, die das Informationsrecht der Frauen sichert und Rechtssicherheit für Ärztinnen und Ärzte schafft, nicht weiter verschließt. Wenn der für Januar angekündigte Gesetzentwurf dies nicht erfüllt, muss die Abstimmung im Bundestag freigegeben werden, so wie ein Parteivorstandsbeschluss der SPD aus dem Frühjahr vorsieht.





Pressespiegel

Die SPD-Bilanz nach dem 1. Regierungsjahr kann sich sehen lassen.

Am Freitag hat der Bundestag das sogenannte Gute-Kita-Gesetz beschlossen. Es ist zwar ein Gesetz der großen Koalition, dessen Kern jedoch ist sozialdemokratisch geprägt. In den nächsten Jahren fließen 5,5 Milliarden Euro in die Kindertagesstätten – für eine bessere Betreuung, aber auch zur Entlastung der Eltern, die künftig weniger oder gar keinen Kita-Beitrag mehr zahlen müssen. Kitas unentgeltlich zu machen, das war ein besonders wichtiges Wahlversprechen der SPD. Jetzt wird geleistet.

Und nicht nur bei den Kitas. Die SPD konnte schon im Koalitionsvertrag vieles durchsetzen, weil sie für die Regierungsbildung dringend gebraucht wurde und zugleich die eigene Mitgliedschaft erst von der Groko überzeugen musste. Jetzt verlässt ein sozialdemokratisch inspiriertes Gesetz nach dem anderen den Bundestag. Der Regierungsmotor, der anfänglich so stotterte, läuft auf Hochtouren. Die Sozialdemokraten haben es schon deshalb so eilig, weil niemand sagen kann, wie lange das Bündnis mit der

Die SPD liefert

Von Frank Pergande

Union hält. Die SPD will in einem Jahr auf ihrem Parteitag überprüfen: Lohnt die Koalition oder nicht?

Die Musterfeststellungsklage aus dem Haus von Justizministerin Barley war das erste Gesetz, das seit der Wahl in den Bundestag kam. Da drängte die Zeit: Das Gesetz soll helfen, die Position der Diesel-Kläger gegenüber VW zu stärken. Durchgesetzt hat sich die SPD bei stärkerem Mieterschutz, insbesondere bei der Verschärfung der Mietpreisbremse, und bei der Rückkehr zur Parität in der Krankenversicherung, also dem gleichen Beitrag von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der „soziale Arbeitsmarkt“ kommt; er soll vor allem Langzeitarbeitslosen helfen. Teilhabechancengesetz heißt das im Koalitionsdeutsch. Es geht sogar noch über den Koalitionsvertrag hinaus.

Einen weiteren Erfolg erzielte die SPD schon im Oktober mit der sogenannten Brückenteilzeit – dem Recht, aus Teilzeit auf eine volle Stelle zurückzukehren. Noch in der vorigen Legislaturperiode hatte die Union das Vorhaben blockiert, obwohl die Brückenteilzeit schon damals im Koalitionsvertrag stand. Jetzt konnte sich die Union nicht mehr wehren. Das „Familienentlastungsgesetz“ ist beschlossen, zu dem etwa die Erhöhung des Kindergeldes gehört. Ebenso das Rentenpaket, wodurch aus sozialdemokratischer Sicht „sich Renten und Löhne endlich wieder im Gleichklang entwickeln“. Nicht in die SPD-Bilanz gehört das Baukindergeld; das war eine Idee der Union. Aber weil es schon so viele Anträge gibt, schmückt sich nun auch die SPD damit.

Die Sozialdemokraten drücken bei weiteren Themen aufs Tempo. So sollen Kinderrechte ins Grundgesetz. Eine Mindestvergütung für Auszubildende und eine Grundrente für langjährige Versicherte sollen her. Nicht zuletzt trägt es die SPD mit, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen, zumindest – ganz sozialdemokratisch – für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Wenn der CDU-Parteitag eine endgültige Abschaffung des Soli fordert, zuckt die SPD nur mit den Schultern: Es gilt der Koalitionsvertrag. Die Union fügt sich, im Zweifelsfall ist ihr die Macht im Kanzleramt wichtiger als die sozialpolitische Wirkung dieses oder jenes Gesetzes.

Die Minister der SPD wie die Bundestagfraktion sind fleißig und erfolgreich; staatspolitische Verantwortung ist der Partei wirklich nicht abzusprechen. Aber hilft ihr das? Die SPD-Parteiführung beschwört, gute Sacharbeit werde sich auch beim Wähler herumsprechen. Das freilich hat schon in den vergangenen Jahren nicht funktioniert. In den aktuellen Umfragen liegt die Partei bei 15 Prozent.

Quelle: Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, 16. Dezember 2018

Unterwegs im Wahlkreis



Weihnachtsmarkt Vellmar



Weihnachtsmarkt Oberwehren



Weihnachtsmarkt Fulda



Weihnachtsmarkt Kirchditmold



Gespräch mit Klimaschützern



Verleihung des THW-Ordens in Bronze an Guntram Steinborn



Ehrenamtspreis an Kasseler Schwerathleten



Stiftsweihnacht Kaufungen

Die Abmeldung ist jederzeit möglich, darauf wird z.B. auch bei jedem Newsletterversand unter Angabe des Links hingewiesen. Alternativ können Sie Ihren Abmeldewunsch gerne auch jederzeit an timon.gremmels.wk@bundestag.de per E-Mail senden.

